

Beitrag für den Momentum Kongress 2021: Arbeit

Track #4: Arbeiter:*innenbewegung: Klasse - Kampf - Kooperation

Ungleichheit und Gegenbewegungen

**Gesellschaftliche Spaltungen, demokratische Werte und
politische Antworten**

Autoren:

Johannes Rendl, Jahoda-Bauer Institut; johannes.rendl@jbi.or.at

Georg Hubmann, Jahoda-Bauer Institut; georg.hubmann@jbi.or.at

Ungleichheit und Gegenbewegungen

Gesellschaftliche Spaltungen, demokratische Werte und politische Antworten

Die Debatte über Ungleichheit und gesellschaftliche Spaltung wird schon seit geraumer Zeit geführt. Verstärkt durch die Corona-Krise nehmen Ungleichheit und Unsicherheit zu, gesellschaftliche Konflikte treten noch stärker zu Tage und die politische Diskussion über tragfähige Zukunftskonzepte für eine solidarische Gesellschaft nimmt Fahrt auf. In diesem Artikel diskutieren wir Facetten gesellschaftlicher Ungleichheiten und ihre Auswirkungen auf die Lebensumstände sowie als Herausforderung für die Ausprägung demokratischer Werte (1). Gleichzeitig sind Ungleichheit und Unsicherheit auch ein Antrieb von sozialen und politischen Gegenbewegungen (Polanyi, 1978), die sich gegen die Dominanz der ökonomischen gegenüber der gesellschaftlichen Sphäre entwickeln (2). Bei einem Blick auf die politischen Auseinandersetzungen um die inhaltliche Ausgestaltung dieser Gegenbewegung haben allerdings in den vergangenen 30 Jahren vor allem rechte Parteien Oberwasser gewonnen (3). Aus diesen Gründen ist es, wie wir in diesem Artikel herausarbeiten, umso wichtiger, das Feld zu ordnen, um Stoßrichtungen für eine progressive politische Agenda festzumachen (4).

Befunde zu Ungleichheit und Unsicherheit

Ungleichheit ist zumeist eine Folge von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die etwa dafür verantwortlich sind, dass manche Menschen mehr verdienen oder besitzen als andere oder über bessere Bildungs- und Aufstiegschancen verfügen. Es geht dabei nicht nur um nationalstaatliche Arrangements, sondern oft auch um globale Zusammenhänge und Regelungen, die Ungleichheit in unterschiedlichen Dimensionen und Relationen befördern. Die wachsende Ungleichheit bringt Unsicherheit in das Leben vieler Menschen. Sie führt oft dazu, dass die Lebensumstände prekärer werden, individuelle Erwartungen für ein gutes Leben nicht mehr eingelöst werden können oder sich die Zukunftsaussichten für die eigenen Kinder deutlich schlechter darstellen als die, die man selbst vorfand. Es gibt also eine strukturelle Ebene, in der die Ursachen von Ungleichheit angelegt sind, und eine subjektive Ebene, in der individuelle Folgen sichtbar und spürbar werden. Exemplarisch werden hier Dimensionen diskutiert, die in ihrer Wirkung auf politische Entwicklungen und damit für die politische Auseinandersetzung in Österreich besonders wichtig scheinen.

Als erstes blicken wir auf die Dimension *globaler Ungleichheit*. Die Welt wird in vielerlei Hinsicht ungleicher. Allerdings zeigt sich bei genauerer Betrachtung nicht nur ein *Aufholprozess* bei den Einkommen von Schwellenländern gegenüber den Industriestaaten, sondern auch eine *Entkopplung* der Superreichen von der Einkommensentwicklung der restlichen Bevölkerung. (Milanovic 2016; Piketty 2020) Die internationale Einkommenselite hat in den vergangenen Jahrzehnten von der Globalisierung stärker profitiert als die breite Masse in den westlichen Industrienationen. Für diese nimmt dadurch die wahrgenommene Ungleichheit als Abstand zur Spitze der Verteilung zu. Gleichzeitig ist dies nur ein Teil der Aspekte zeitgenössischer globaler Ungleichheit, denn auf der anderen Seite gerät Europas

Mittelschicht durch die neu entstandenen Mittelschichten in den aufholenden Industrienationen wie China unter Druck. Nicht nur im Sinne des Lebensstandards, weil deren Einkommen schneller wachsen, sondern auch durch Effekte eines immer weniger regulierten globalen Standortwettbewerbs, der wachsende Unsicherheit für Beschäftigte in produzierenden Bereichen mit sich bringt. Das zeigt sich beispielsweise in wiederkehrenden Fällen von Standortverlagerung in Länder mit niedrigeren Lohnkosten. (Raphael 2019)

Die Beschäftigten sind solchen Entscheidungen mehr oder weniger schutzlos ausgeliefert, weil nationale Regierungen gegenüber internationalen Konzernen über wenig Handhabe verfügen und viele internationale Handelsbestimmungen die Einflussmöglichkeiten, vor allem von nationalen politischen Instanzen, sukzessive beschnitten haben. (Eder/Schneider 2020) Dieses Machtungleichgewicht führt zu einem Standortwettbewerb zwischen den Staaten um die niedrigsten Unternehmenssteuern und Löhne sowie um die höchsten (indirekten) Subventionen. In Ländern mit besser ausgebauter sozialer Absicherung und höherem Lohnniveau unterstützt diese Entwicklung eine Deindustrialisierung, die in den letzten Jahrzehnten für Verunsicherung unter Beschäftigten vor allem im produzierenden Sektor sorgt.

Eine zweite Dimension, in der Ungleichheit seit Jahrzehnten zunimmt, ist die *Vermögensverteilung*. Das gilt sowohl global als auch in Europa oder in Österreich. Einige wenige besitzen oftmals mehr als die gesamte ärmere Hälfte der Population im jeweiligen Land. (Piketty 2020, World Inequality Database) Das Vermögen der weltweit 2.365 Milliardäre hat im ersten Jahr der Pandemie um 54 % zugelegt, obwohl im gleichen Zeitraum die globale Wirtschaft nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) um 3,5 % geschrumpft ist. Dieser Umstand zeigt, dass das ökonomische Wohlergehen der Allerreichsten von der Weltwirtschaft und der Situation der breiten Bevölkerung völlig entkoppelt ist. (Institute for Policy Studies 2021)

Auch dafür gibt es strukturelle Gründe: Viele Länder haben in den vergangenen Jahren die Vermögensbesteuerung reduziert oder abgeschafft (Kapeller/Schütz/Springholz 2017). Wie aktuelle Umfragen zeigen, wird dies von breiten Teilen der Bevölkerung allerdings als zunehmend ungerecht empfunden. Die Forderungen nach einem gerechteren Beitrag von Vermögenden, um breite Teile der Bevölkerung besser abzusichern oder vor einem weiteren Abbau des Sozialstaats zu schützen, erhält in Umfragen die Zustimmung einer Mehrheit der Bevölkerung. (IFES 2020; Kalleitner/Schmitt 2021)

Infolgedessen kann, als dritte Dimension, das *Versprechen auf einen gerechten Anteil am erwirtschafteten Gewinn* oft kaum mehr aufrechterhalten werden. Darauf weist etwa die Einkommensentwicklung in Österreich hin, wo die Reallöhne für die breite Mehrheit schon über einen längeren Zeitraum stagnieren, während die Gehälter führender Manager*innen rasant steigen und bereits das 57-fache der durchschnittlichen Beschäftigten erreicht haben. (Wieser 2020) Der European Social Survey zeigt, dass in Österreich zwar 56 % der Beschäftigten mit ihrem Einkommen zufrieden sind, allerdings auch, dass 46,1 % meinen ihr Einkommen wäre ungerecht niedrig. (Hofmann/Marterbauer/Schnetzer 2020) Doch das Einkommen der Menschen wird nicht nur als ungerecht niedrig und nicht leistungsgerecht empfunden, sondern es reicht in immer mehr Fällen auch tatsächlich nicht mehr aus, die wichtigsten Bedürfnisse des täglichen Lebens zu decken. Das zeigt sich beispielsweise am Wohnungsmarkt: Die Mieten sind in den vergangenen Jahren deutlich stärker gestiegen als die Einkommen. (Grinzinger/Kadi/Pühringer/Schneider 2021) Wer also fleißig arbeiten geht, kann sich oft dennoch nur mehr eine kleinere Wohnung leisten als seine Eltern - ein Sinnbild für gesellschaftlichen Abstieg.

Auf einer strukturellen Ebene ist diese Verschärfung auf den Abbau sozialstaatlicher Leistungen sowie den Rückgang der Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer*innen in den Lohnverhandlungen zurückzuführen. Für viele Betroffene stärkt das die Wahrnehmung, dass es nicht mehr gerecht zugeht und eine unsichere Zukunft bevorsteht, wenn nicht für einen selbst, dann fürchten das viele für die Möglichkeiten ihrer Kinder.

Schon vor der COVID Krise war die Ungleichheit in der Arbeitswelt gewachsen. Die zeigte sich in Zeiten von Rekordarbeitslosigkeit vor allem entlang der Frage, ob jemand in Beschäftigung steht oder nicht. Die Arbeitslosigkeit liegt in Österreich aktuell bei etwa 7% und die Aussicht, rasch wieder einen neuen Job zu finden, blieb gering, wie der Höchststand bei der Zahl der Langzeitarbeitslosen zeigt. Betroffen sind hier vor allem Ältere über 50 sowie junge Menschen, die am Beginn des Berufslebens stehen. Die strukturellen Probleme am Arbeitsmarkt führen zu deutlich unsichereren Lebensbedingungen bei den Betroffenen. (Tamesberger/Bacher 2020) Arbeitslosigkeit ist für viele auch ein ökonomischer Schock, schließlich können viele Haushalte mit den 55% Arbeitslosengeld vom Letztbezug oft kaum die Fixkosten abdecken. Dazu verschlechtern sich die persönlichen Zukunftschancen, denn Studien zeigen, dass eine längere Zeit in Arbeitslosigkeit gerade bei jüngeren Betroffenen auch nach Wiederaufnahme einer Arbeit Narben, etwa in Form von Einkommensverlusten, im weiteren Lebenslauf hinterlässt. (Tamesberger/Bacher 2021) Die Konsequenz ist: Der gewohnte Lebensstandard lässt sich nicht weiter aufrechterhalten, und der Weg in die Armut wird für die Betroffenen plötzlich Realität.

Als vierte Dimension möchten wir hier den möglichen *Aufstieg durch Bildung* ins Feld führen, der in den vergangenen Jahrzehnten stets ein zentrales Versprechen unserer Gesellschaft war. Auch hier manifestiert sich eine wachsende Ungleichheit, denn dieses Versprechen hat für viele Jahre in Österreich durchaus funktioniert. Heute jedoch wird Bildung mehr und mehr vererbt, womit der der Bildungsstand der Eltern zentral für die Bildungschancen der Kinder geworden ist. Ähnliches gilt auch für Einkommen und Beruf. (Disslbacher 2020) Die Folge ist, dass die soziale Mobilität in Österreich stark eingeschränkt ist. Dieser strukturelle Unterschied vermittelt Vielen ein Gefühl des Abgehängtseins und der Perspektivlosigkeit: Mit eigenem Bemühen hat man wenig Chancen, einen sozialen Aufstieg zu schaffen und bestehende prekäre Lebensumstände hinter sich zu lassen. (Misik 2019)

Diese vier Schlaglichter auf Ungleichheiten repräsentieren gesellschaftliche Spaltungslinien und ihren Einfluss auf individuelle Lebensrealitäten. Die Stoßrichtung ist dabei klar: Ungleichheiten in der Gesellschaft haben meist strukturelle Gründe und sind Ergebnis politischer Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Wachsende Ungleichheit wirkt, wie oben exemplarisch besprochen, auf die Lebenswirklichkeiten und Handlungsspielräume der Menschen. Unsicherheiten führen zu Frustration und Abwertung, schlechten Zukunftsaussichten – sei es bei globalen Machtverschiebungen weg von Staaten hinzu multinationalen Konzernen, dem verlorengegangenen Wohlstands- und Aufstiegsversprechen oder weil das Vollzeiteinkommen nicht mehr zum Leben reicht.

Diese Erfahrungen haben auch Auswirkungen auf demokratische Werte in der Gesellschaft, sei es bei allgemeinen Indikatoren wie dem Vertrauen in die Politik oder schlicht in der Zahl derer, die sich an einer Wahl beteiligen. (Zandonella 2020) Die Erfahrung von Ungleichheit beeinflusst demokratische Werte und Haltungen und kann dabei eine treibende Kraft für gesellschaftliche Veränderung sein.

Kommodifizierung, Ungleichheit und Unsicherheit - Auslöser für eine Gegenbewegung

Die oben beschriebenen wachsenden Ungleichheiten und das gestiegene subjektive Unsicherheitsgefühl breiter Teile der Bevölkerung wurzeln in der modernen Gesellschaft auch in einer zunehmenden Kommodifizierung von immer weiteren Lebensbereichen. Begünstigt wird diese Entwicklung durch die Selbstentmachtung der Politik in zentralen Politikfeldern im Rahmen der Durchsetzung des neoliberalen Programms. (Slobodian 2020)

Folgt man Karl Polanyi, löst diese Entwicklung in der Gesellschaft Gegenbewegungen aus. Gegenbewegungen sind für Polanyi dabei gesellschaftliche Kräfte, die sich gegen die fortschreitende Kommodifizierung immer weiterer Bereiche der Gesellschaft richten. Solch gesellschaftlicher Widerstand gegen die Ausweitung der Marktprinzipien organisierte sich in der Geschichte des Kapitalismus immer wieder, Polanyi spricht von "Doppelbewegungen" zwischen der Vormachtstellung der gesellschaftlichen und der ökonomischen Sphäre (Polanyi 1978: 112). Für die Formierung von Gegenbewegungen sind aber nicht nur ökonomische Gründe entscheidend, sondern vielmehr auch Fragen der gesellschaftlichen Anerkennung, wie Status und Sicherheit, es spielen also immer finanzielle, aber auch nicht-finanzielle Interessen eine Rolle. (Polanyi 1978: 212f.)

In der historischen Analyse von Polanyi sind Arbeiter*innenbewegung und Gewerkschaften die zentralen Akteur*innen dieser Gegenbewegungen, die durch ihren Einsatz in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen Schutzrechte durchsetzen, und zur Abwehr der Kommodifizierung der Arbeitskraft Arbeitsschutzrechte, Arbeitszeitbeschränkungen, Mindestlöhne und Kollektivverträge erstritten. Auch Regelungen für den globalen Handel wie Zölle oder protektionistische Gesetze zur Stärkung regionaler Produktion zählen hier dazu, genauso wie interventionistische Maßnahmen, die die fortschreitende Kommodifizierung von Geld bremsen sollten, wie etwa feste Wechselkurse. Für Polanyi geht es in dieser Auseinandersetzung um die Einsicht in die Tatsache, dass eine vollständige Trennung der wirtschaftlichen von der gesellschaftlichen Sphäre, also eine selbstregulierte Wirtschaft, utopisch sei. Seiner Ansicht nach bleiben gesellschaftliche Eingriffe in den Markt notwendig, um gesellschaftlichen Frieden und die Reproduktion der Arbeitskraft zu sichern und um den Umwelt- und Ressourcenverbrauch in Grenzen zu halten (Polanyi 1978: 192f.).

Die oben vorgestellten Beispiele zu wachsender Ungleichheit sind Folgen der neoliberalen Kommodifizierung und der sinkenden Bedeutung der gesellschaftlichen in Relation zur ökonomischen Sphäre. Folgt man der Analyse von Polanyi, können die steigende Ungleichheit und die wachsende Unsicherheit sowie der damit verbundene drohende Statusverlust vieler gesellschaftlicher Gruppen Auslöser für eine Gegenbewegung gegen das neoliberale Ungleichheitsregime und damit Keimzelle einer besseren Gesellschaft sein. Bei näherer Betrachtung allerdings, und durchaus im Kontrast zu den historischen Gegenbewegungen, werden die bestehenden Verhältnisse heute aber aus ganz unterschiedlichen Perspektiven kritisiert und in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung treten verschiedene inhaltliche Ausrichtungen von Gegenbewegungen auf. Dass Ungleichheit zu einer progressiven Gegenreaktion führt, ist also keineswegs ausgemacht. Welche Interpretation und Richtung sich durchsetzen wird, ist dann Gegenstand einer politischen Auseinandersetzung.

Wohin gehen die aktuellen Gegenbewegungen?

Das Bemühen die aus wachsender Ungleichheit und Unsicherheit erwachsende Unzufriedenheit in politische Mobilisierung umzusetzen, gibt es von unterschiedlichen politischen Gruppierungen, aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich genauso wie von etablierten Parteien. Gegenbewegungen dürfen aber nicht nur als "bewusste" Kollektive, wie etwa soziale Bewegungen oder Gewerkschaften, verstanden werden, sie drücken sich auch Gefühlen und Haltungen aus, die sich aus der eigenen Lebensrealität entwickeln (Polanyi 1978: 212). Wir machen sie unter anderem am veränderten Wahlverhalten von Arbeiter*innen fest, um die Enttäuschung und Entfremdung von ihren traditionellen Vertreter*innen und politischen Repräsentationen in Österreich deutlich zu machen. Diese Entwicklung lässt sich aber nicht allein aus der österreichischen Politik erklären, sondern geht Hand in Hand mit europäischen Entwicklungen – speziell der Konstitution der Europäischen Union. Daher skizzieren wir die europäische Entwicklung der letzten 40 Jahre, um dann einen genaueren Blick auf Österreich zu werfen.

Der Legitimationsverlust von "globalisierungsaffinen Fraktionen der herrschenden Klasse" (Dörre 2020: 280) hängt eng mit der beschriebenen Doppelbewegung zusammen. Damit verknüpft ist auch das Comeback "nativistischer" Ideologien (Piketty 2020) und der Aufstieg rechter Parteien und Bewegungen oder aber einem völligen Aussteigen aus der politischen Teilnahme. Dies hat auch mit den fehlenden Gestaltungsmöglichkeiten traditioneller Arbeiter*innenparteien wie der Sozialdemokratie zu tun. Während in den 1970er & 80er Jahren sozialdemokratische Kräfte in Westeuropa bestimmend waren, büßten sie ab den 90er Jahren an Popularität ein. Das hat auch mit den ökonomischen Bedingungen zu tun. Nach einer längeren Phase der Prosperität trat das kapitalistische Wirtschaftssystem in eine Reihe von Krisen ein. In den 1980er Jahren waren immer weiter sinkende Wachstumszahlen, Inflation, Budgetdefizite und Arbeitslosigkeit bestimmend. Die Maastricht Kriterien von 1993 sollten die Lösung für diese Probleme werden, wurde aber zum Problem, speziell für eine antizyklische Wirtschaftspolitik. Ihre alte Praxis wurde gehemmt und für obsolet erklärt. In Europa, speziell mit der Thatcher-Ära in Großbritannien identifiziert, sollte der Markt zum einzigen Interessensfokus der Politik werden, alles andere sollte sich dem unterordnen. Die europäische Sozialdemokratie, auch gezwungen durch ihre Misserfolge, begann die Entbettung der Märkte, den Freihandel, Arbeitsmarktflexibilisierung als neue Normalität zu akzeptieren und fügte sich den neuen „Sachzwängen“. (Przeworski 2021) Diese neue ideologische Realität der Sozialdemokratie drückte sich in Gerhard Schröders Ausspruch von 1997 aus, in dem er fest hielt es gäbe keine linke oder rechte Wirtschaftspolitik, nur moderne und unmoderne. (Streeck 2021)

Auch die österreichische Sozialdemokratie blieb von dieser Wende nicht verschont. Neben dem europäischen Dilemma, kann hierbei die Krise der verstaatlichen Industrie als besonderes Moment herausgegriffen werden. Daran anschließend und den größeren europäischen Trends folgend kam es zu einer Umorientierung der österreichischen Sozialdemokratie. Weg von einer expansiven Steuerpolitik zum Ausbau der sozialen Absicherung hin zu einer internationalen Wettbewerbsfähigkeit, deren Schicksal besonders von Deutschland abhängig ist. In der Partei setzte sich zusehends die Meinung durch, dass der EU-Binnenmarkt eine Möglichkeit bietet, Beschäftigungseffekte durch Investitionen zu generieren. Auch wenn diese im Austausch nur durch Sparmaßnahmen und Kürzungen im Sozialstaat möglich sein sollten. (Puller 2019: 397f.)

Blickt man auf die Parteienlandschaft besonders in Österreich so zeigt sich in den vergangenen 30 Jahren, dass nationale Parteien, die den Nationalstaat und seine autochthonen Bewohner*innen in den Mittelpunkt stellen, erfolgreich waren. Sie vermitteln in ihrem politischen Auftritt, dass der Bezug zu Heimat und Nationalstaat vor den negativen Entwicklungen der Globalisierung und der wachsenden Wirtschaftsmacht schützt. Beflügelt durch Sparmaßnahmen im Sozialstaat, der damit immer mehr zum Wettbewerbsstaat wurde und so den Gerechtigkeitsansprüchen vieler Menschen nicht mehr gerecht werden kann, wurde auch die Agenda der "sozialen Gerechtigkeit" national umgedeutet und angeeignet. Allgemein wurden sozialpolitische Themen, internationale Handelsfragen oder die Haltung zu Grundrechten wie der Pressefreiheit durch die Bezugnahme auf die Nation als rhetorischem Schutzmantel angewandt, um den Wähler*innen ein besseres Leben zu versprechen.

Dies gab der FPÖ in Österreich Aufwind, die sich anfänglich pro-europäisch gegeben hatte, aber unter Jörg Haider gegen die EU positionierte und vor dem österreichischen EU-Beitritt eine Kampagne namens "Österreich zuerst" begann, mit der sie sich als "soziale" rechte Partei zu positionieren suchte, die auf die Interessen der heimischen Bevölkerung schaut. Das österreichische Volksbegehren 1994 zum EU-Beitritt wurde zwar mit 66,6% klar angenommen, aber gerade formal schlechter ausgebildete Menschen und Unterprivilegierte stimmten häufiger dagegen, während Menschen mit höherer Bildung und hohem Einkommen meist dafür votierten. (Becker et al. 2015: 10f.; Schubert 2020: S. 226f.) Bis heute ist die FPÖ die einzige Partei im Nationalrat, die sich dezidiert EU-kritisch gibt. Wobei sie dabei selbst auf ein „Europa der Vaterländer“ präferiert, das zwar politisch-souverän, aber wirtschaftlich weiterhin eng mit dem Wirtschaftsraum der europäischen Union verbunden sein soll.

Das oftmals ambivalente Verhältnis zur Europäischen Union in der SPÖ sorgte für eine weitere Entfremdung der Arbeiter*innen und der Partei. Denn die neuen ökonomischen Verhältnisse bedeuteten für viele in der Produktion tätige Arbeiter*innen eben auch verschärfte Konkurrenzverhältnisse mit Billiglohnländern in und außerhalb der EU. Der Handlungsspielraum für eine aktive Wirtschaftspolitik wurde auch für Österreich durch den EU-Beitritt und durch die Währungsunion empfindlich beschnitten. (Becker et al. 2015: 13f.) So aber blieben Forderungen nach Umverteilungspolitiken und Arbeitsbeschaffungsprogrammen, die die Sozialdemokratie nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 wieder aufgegriffen hat, meist ohne größeren Effekt in der Wähler*innenzustimmung. Denn den Gerechtigkeitsansprüchen der unteren Schichten kann von links nicht glaubwürdig entsprochen werden.

Das alles schlägt sich auch in der Verschiebung der Präferenzen einzelner Wähler*innengruppen nieder. Während vor knapp 10 Jahren noch 44 % der Arbeiter*innen SPÖ gewählt haben, so wählen heute 48% der Arbeiter*innen FPÖ. Auch die ÖVP konnte durch ihre rechtspopulistische Wende unter Sebastian Kurz Wählerstimmen bei Arbeiter*innen gut machen. 21% gaben Kurz 2019 ihre Stimme nur 2% weniger als die Arbeiter*innenstimmen für die SPÖ. (SORA 2002; 2019) Und viele arbeitende Menschen beteiligen sich auch einfach gar nicht mehr an demokratischen Prozessen. (Zandonella 2021) Aus dem unteren ökonomischen Drittel gingen bei der letzten Nationalratswahl 2019 41% nicht zur Wahl. Dem gegenüber stehen 17% aus der obersten Einkommensdrittel, das sich nicht an der Wahl beteiligt hat.

Neben genannten Effekten hat dies auch mit einem wachsenden Repräsentationsproblem der SPÖ zu tun: Sukzessive wurden die Ränge in der Partei mit Menschen mit tertiärer Bildung besetzt. Die damit einhergehenden Klassenpositionen führen zu einer weiteren Entfremdung zwischen dem eigenen Anspruch einer Arbeiter*innenpartei und den Arbeiter*innen selbst. Die Anspannung am Arbeitsmarkt und zunehmende Prekarisierung, aber auch die voranschreitende Automatisierung haben auch zu einer (gefühlten) Abwertung gerade von produzierenden Berufen geführt. Produzentenstolz gründete sich meist auf der eigenen Ausbildung, den Arbeitserfahrungen sowie den geschaffenen Waren. Die (diskursive) Entwertung solcher identitätsstiftender Momente werden von Betroffenen meist als Demütigung erfahren. Dabei kommt es zu einer Verhärtung der Fronten zwischen "denen da oben", denen auch gerade das akademische linke Milieu und die Politik zugeschlagen wird. Wie eine Partei, die zusehends von Akademiker*innen durchsetzt ist, die Interessen der Arbeiter*innen vertreten soll, kommt hier als Moment eines neuen Grundmisstrauens hinzu. Livia Schubert fasst diese Erfahrungen mit einem eindrücklichen Zitat eines jungen Facharbeiters zusammen: "Die SPÖ sei von einer Partei der Arbeiter zu einer Partei der Akademiker*innen, der "Globalisten" konvertiert". (Schubert 2020: 234) Der Einflussverlust der Politik auf die Wirtschaft mit einer zunehmenden Konkurrenz, ohne große Abfederung, scheint in der Befragung als Grund für die Abkehr von der Sozialdemokratie durch. Arbeiter*innen beschreiben zusätzlich eine Situation der äußeren und inneren Konkurrenz, die durch entgrenzte Märkte gefördert wird. Einerseits die Konkurrenz mit Arbeiter*innen in Ländern mit niedrigen Lohnkosten, andererseits im Inland der Wettstreit mit Migrant*innen um sozialstaatliche Leistungen. Die SPÖ ignoriere diese Zwangslage und das führe zum Zulauf zur FPÖ. (ebd: 235)

Diese Entwicklung zeigt, dass eine Gegenbewegung im Sinne Polanyis nicht notwendigerweise einer progressiven Agenda folgen muss. Vielmehr kann die arbeitende Bevölkerung von rechten Parteien angesprochen, lebensweltlich integriert und sogar mobilisiert werden. Während also Globalisierungskritik im Konzert mit einem nativistisch konstruierten Begriff des eigenen Volkes rechten Bewegungen Zulauf verschafft und sie so teilweise das gesellschaftliche Potential für eine Gegenbewegung mobilisieren kann. Bei linken Parteien ist oft keine klare politische Linie im Umgang mit globalisierten Märkten und ihren Effekten erkennbar, somit erscheinen sie auch weniger attraktiv für Arbeiter*innen. Neben diesen durch Wahlverhalten fassbaren Effekten, gibt es aber auch viel diffusere Reaktionen auf die neue prekäre Realität vieler Menschen. Die sich auch in verschwörungstheoretischen Erzählungen niederschlagen oder in einem Gefühl alleingelassen zu sein mit den eigenen ökonomischen und sozialen Sorgen. Politik bzw. politische Parteien werden dabei nicht mehr als kollektives Subjekt, als Willensäußerung gesellschaftlicher Klassen und ihrer Interessen wahrgenommen oder als eine Ressource zur Verbesserung der eigenen Lebensumstände.

Die verstaatlichte Industrie – von Steyr Daimler Puch zu MAN

Das beste Beispiel für die strukturelle Grundlage der Gegenbewegung ist das MAN-Werk in Steyr und seine turbulente Geschichte. Bis 1987 waren die Steyr-Daimler-Puch-Werke in staatlichem Besitz. Seit Mitte der 1980er Jahre hatte das Werk hohe Verluste eingefahren und der Vorstandsvorsitzende von MAN Otto Voisard wechselte zu Steyr-Daimler-Puch (SDP) und begann damit das Unternehmen zu filetieren. Das Unternehmen sollte in kleine,

nach Produkten geordnete Gesellschaften aufgelöst werden und an ausländisches Kapital verkauft werden. Jene Gesellschaften, die keine Partner finden, sollten liquidiert werden. 1990 wurde die Nutzfahrzeug-Sparte an den MAN-Konzern verkauft. Dies führte zu einem einwöchigen Streik, da Betriebsräte, Vertrauensleute, Spitzenfacharbeiter und Invalide gekündigt werden sollten. 1.500 Beschäftigte im Ausstand konnten die Rücknahme der Kündigungsliste und die Ausarbeitung eines Sozialplans erreichen, den Weiterbestand des von Auflösung bedrohten Werkzeugbaus und Investitionen in das Werk. Das ehemalige Puch-Werk in Graz war in einer öffentlich-privaten Partnerschaft mit Chrysler aufgegangen und in das joint venture „Eurostar“ überführt. Die Traktorenproduktion ging an den heutigen niederländisch-britischen CNH Industrial Konzern und wurde vor der Übernahme laut langedienten Beschäftigten wesentlich unter Marktwert verkauft. Dasselbe galt für die Übernahme der Puch-Werke durch Magna. Besonders die Art des Verkaufs sorgte in der Öffentlichkeit für Wirbel, da die Werke noch im Besitz der öffentlichen Credit-Anstalt waren und der Preis unter der Hand verhandelt wurde und als er an die Öffentlichkeit drang, wesentlich zu niedrig war. Hannes Androsch und ein Konsortium legten ein neuerliches Angebot vor, zogen dieses aber wieder zurück. Magna bekam dann wiederum den Zuschlag. Im Vorstand saß der ehemalige Bundeskanzler Franz Vranitzky. Die Waffensparte der SDP ging wiederum von Magna an eine Investorengruppe, um einen ehemaligen SDP-Manager, der wiederum später an den amerikanischen Rüstungskonzern General Dynamics verkaufte. (Högelsberger 2021)

Bei der Aufteilung des ehemaligen Staatsbetriebs wurde also kaum auf das Wohl der Mitarbeiter*innen geachtet. An erster Stelle standen die persönliche Bereicherung und der Ausverkauf unter kräftiger Mitwirkung der österreichischen Politik. Nach der turbulenten Übernahme in den 1990er Jahren schrieb das MAN-Werk in Steyr lange schwarze Zahlen.

Bis 2020 der Konzern die Schließung des Standorts bis 2022 ankündigte, obwohl sich die Belegschaft eine Standortgarantie bis 2030 teuer erkaufte hatte. Sie stellten jede Schicht einen gratis LKW für das Unternehmen her. Verschiedene Investor*innengruppen wollten das Werk kaufen, u.a. eine Gruppe um Siemens-Chef Wolfgang Hesoun und den ehemaligen Bundeskanzler Alfred Gusenbauer. Die aussichtsreichste Gruppe um Siegfried Wolf, dem ehemaligen Magna Steyr Präsidenten legte einen Plan vor, der nur 1.250 der 2.300 Mitarbeiter*innen im Betrieb halten wollte, also etwas mehr als die Hälfte. Die verbleibende Belegschaft sollte auch Lohnkürzungen zustimmen. Die Belegschaft lehnte in einer Betriebsversammlung das Angebot von Wolf mehrheitlich ab. Es kam zu Nachverhandlungen. Wolf behielt 150 Lehrlinge zusätzlich und ein Sozialplan wurde ausverhandelt. Die Lohnkürzungen blieben aber und Wolf übernahm das Werk von MAN.

Der MAN Chef Tostmann feiert im Handelsblatt den Verkauf des Werks in Steyr, das durchgehend schwarze Zahlen schrieb, als „Meilenstein für die Sanierung von MAN.“ Gleichzeitig kündigt er an die Serienproduktion des in Steyr entwickelten Elektro-LKWs nun im Stammwerk in München voranzutreiben und dort ab 2024 in Serie zu produzieren. (Fasse 2021) Die Gruppe um Siegfried Wolf war selbst mit dem Plan angetreten elektrisch betriebene LKWs im Steyrer Werk zu bauen. MAN tritt also gegen sein eigenes ehemaliges Werk in direkte Konkurrenz mit Beschäftigten, die sie eigentlich entlassen wollten.

Die Enttäuschung der Arbeiter*innen

Die Belegschaft von MAN Steyr, aber auch von ATB und anderen Produktionsbetrieben, die stillgelegt oder abgesiedelt wurden oder wo diese Maßnahmen bevorstehen, mussten große Opfer bringen, um „konkurrenzfähig“ zu bleiben. Ein symbolisches Beispiel dafür ist der Abtausch von Standortgarantie für gratis LKWs für den Konzern bei MAN. Bei einer Stilllegung oder einem Verkauf mit Verschlechterungen für die Arbeitnehmer*innen wird die Politik nicht als Partnerin gesehen, die sich für das Wohl der Beschäftigten einsetzt, sondern schien immer am Tisch gegenüber zu sitzen. So auch im Fall MAN: Die ÖBAG schaltete sich zu keinem Zeitpunkt in die Diskussion ein, bot auch nicht an, das eigene Portfolio als Investor zu vergrößern, um Menschen im Betrieb zu halten. Das Dogma, dass der Markt das bestmögliche Ergebnis erzielen wird, blieb politische Linie und Hilfe gab es nur in Form von Sozialplänen.

Die Arbeiter*innen sahen sich vor vollendete Tatsachen gestellt und hatten nicht den Eindruck selbst an diesem großen Einschnitt in ihrem eigenen Leben mitbestimmen zu können. Der Verlust des sicher geglaubten, gut bezahlten Arbeitsplatzes in einem Werk wo auch andere Familienmitglieder und Freund*innen beschäftigt waren, ist eine herbe Enttäuschung, die viele von Politik und Gewerkschaft desillusioniert zurücklässt. (siehe Wortmeldungen in der ORF Dokumentation „Am Schauplatz - Die letzte Schicht“, ORF 2021)

Es gab gleichzeitig keine Bewegung oder Partei als Partnerin, die eine Alternative aufzeigen hätte können, die die Lebensumstände vieler Arbeitnehmer*innen in Steyr verbessert hätte. Das ist nicht nur eine Frage politischer Mehrheiten, sondern läuft auf die Zwänge internationaler Konkurrenz mit nationalen Standorten hinaus sowie Reglements, die durch die Selbstentmachtung politischer Institutionen dort nicht mehr geändert werden können. Der Nutzen einer „Entpolitisierung der Politik“ (Streeck 2021) und der rein technokratisch-administrativen Umsetzung von Weisungen aus Brüssel, wird dabei deutlich sichtbar. Ihre frustrierende Wirkung auf die Arbeitnehmer*innen und das daraus folgende Abschreiben von Politik oder die Übersetzung rebellischer Energie in das Vokabular rechter Parteien dürfen daher nicht verwundern. Die „Sachzwänge“ globalisierter Märkte und die neoliberale Bearbeitung ihrer Widersprüche befeuern die neue Gegenbewegung sei sie apathisch oder reaktionär.

Agenda für eine progressive Gegenbewegung

Die Corona Krise ist einer der heftigsten ökonomischen Einschnitte seit dem Zweiten Weltkrieg. Viele politische Themen wurden im vergangenen Jahr kontrovers diskutiert und vorher scheinbar unangreifbare Dogmen in Frage gestellt. Wenn sich die unmittelbaren gesundheitlichen Herausforderungen der Pandemie gebessert haben, gibt es allerdings ein mögliches Zeitfenster, in dem eine kluge linke Agenda zur Triebkraft einer progressiven Gegenbewegung werden könnte. Folgt man den Linien aus den oben diskutierten Entwicklungen, dann wird klarer, welchen Stoßrichtungen eine Gegenbewegung mit progressiver Agenda folgen sollte.

- *Vorschläge für eine progressive Deglobalisierung.* Globalisierung und unregulierter Wettbewerb sowie der Machtvorteil von Konzernen gegenüber Nationalstaaten setzt Staaten genauso wie Arbeitnehmer*innen in Konkurrenz zueinander. Ein Ziel muss sein diese Logik zu durchbrechen und stärker auf Kooperation zu setzen, um globale Ungleichheiten abzubauen und ökonomische Beziehungen auf Augenhöhe und in einem gesellschaftlichen Interesse zu betreiben. Es braucht dafür starke internationale Institutionen, die globale Standards etwa für Umweltschutz, Arbeitsbedingungen, Handelsbeziehungen oder Mindeststeuern durchsetzen, um einen wirksamen Schutz vor einem gegenläufigen, ungebremsten Wettbewerb von Staaten zu sorgen. Zusätzlich braucht es kluge Ansätze zum Wiederaufbau und zur Stärkung von eigenständigen, regionalen ökonomischen Strukturen beispielsweise durch Community Wealth Building und progressiver Industriepolitik.

- *Transformationen gerecht gestalten.* Veränderungen bringen stets Unsicherheit mit sich. In Zeiten großer gesellschaftlicher Veränderungen verdichtet sich auch die Ungleichheit. Umso wichtiger ist es, bei der anstehende Dekarbonisierung und der Digitalisierung auf einen gerechten Ausgleich (Just Transition) zu achten. Wenn diese unausweichlichen Transformationen dazu führen, dass sie zu Symbolen von steigender Ungleichheit und Verschlechterung der Lebensbedingungen werden, dann wird auch die Formierung einer progressiven Gegenbewegung nicht gelingen.

- *Öffentliche Strukturen stärken.* Zur Bekämpfung von Ungleichheit aber auch zur Dekommodifizierung ist die Stärkung öffentlicher Strukturen entscheidend. So geben gut ausgebaute gemeinwirtschaftliche und öffentliche Strukturen Versorgungssicherheit und sichern soziale Mobilität. Zentral sind hier jedenfalls der Wohnungsmarkt, der Bildungsbereich, die Mobilität, der Gesundheits- und Pflegebereich genauso wie die Daseinsvorsorge.

Um hier ein breites Angebot aufzubauen, braucht es mehr Mittel für den öffentlichen Sektor auf allen Ebenen und eine Neubewertung der Parameter des Erfolgs öffentlicher Institutionen. Dazu gilt es, Rahmenbedingungen wie Schuldenbremsen zu ändern, um von der strengen Kostenorientierung hin zum gesellschaftlichen Nutzen (z.B.: Versorgungsangebot und -sicherheit, Leistbarkeit, Lebenszufriedenheit) als Leitgedanken zu kommen.

- *Soziale Sicherheit und ein gutes Leben garantieren.* Unsicherheit in den Lebensbedingungen entsteht durch vermehrte Konkurrenz und ökonomischen Druck auf die Individuen. Ein Angebot für ein sozial abgesichertes gutes Leben sollte deshalb folgende Bereiche beinhalten: die Betonung der sozialen Funktion der Arbeit als Orientierungspunkt in der Diskussion; eine Neubetrachtung bezahlter und unbezahlter Tätigkeiten, gerechtere Löhne und die Neubewertung von Arbeit; Arbeitszeitverkürzung; und grundsätzlich eine Armutsfestigkeit der sozialen Sicherungsnetze. Die Frage nach Verteilungsgerechtigkeit und die Forderung nach Umverteilung durch progressive Besteuerung von Vermögen und Erbschaften müssen parallel zur Finanzierung des Ausbaus des Sozialstaats und der Abschaffung von Armut formuliert werden.

- *Beteiligung, Transparenz und Solidarität.* Um breite Unterstützung für eine Stärkung öffentlicher Strukturen zu erreichen, braucht es transparentes Handeln und Beteiligungsmöglichkeiten sowie den Ausbau demokratischer Rechte, damit das Gemeinsame sichtbar wird und sich ein neuer Stolz auf starke öffentliche Grundstrukturen entwickeln kann. Einer progressiven Gegenbewegung muss es gelingen, eine starke gesellschaftliche Solidarität zu entwickeln und den Zusammenhalt zu stärken. Dazu gehört beispielsweise auch der konsequente Schutz der individuellen Grundrechte, Pressefreiheit oder Minderheitenrechte.

Der Ausgangspunkt der beschriebenen Probleme bleibt das fehlende Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft. Will man eine progressive Agenda erarbeiten, die eine Gegenbewegung auffängt und integrieren kann, so braucht es demokratische Strukturen und vielfältige Formen der Mitbestimmung, um etwa das Repräsentationsproblem zu minimieren und partizipativ progressive Interessenspolitik der Unterprivilegierten zu entwickeln. Dabei ist die Erfahrung des Kämpfens für eigene Interessen, also eine spezifische politische Subjektivierung, ausschlaggebend für die eigene Identität und das Verhältnis zu den Träger*innen dieses Kampfes, wie z.B. der Sozialdemokratie. Nur so kann der Vertrauensverlust und die Entfremdung zwischen traditionellen Arbeiter*innenvertreter*innen und ihrer Klientel prozessual aufgelöst und damit die alte sozialdemokratische Forderung nach der "Durchflutung aller Lebensbereiche mit Demokratie" umgesetzt werden. Das Primat der Politik schließt also immer auch eine Stärkung der Demokratie mit ein. Eine Gegenbewegung zum globalisierten Kapitalismus kann so aus der Vereinnahmung der Rechten befreit und ein Bruch mit den aktuellen Entwicklungen herbeigeführt werden.

Literatur

Becker, Joachim/Bösch, Valerie/Brait, Romana/Feigl, Georg/Orschnig, Tobias/Poyntner, Philipp/Schultheiss, Jana (2015): Einleitung: Politische Ökonomie Österreichs – Kontinuitäten und Wandel seit dem EU-Beitritt, In: BEIGEWUM (Hg.): Politische Ökonomie Österreichs: Kontinuitäten und Veränderungen seit dem EU-Beitritt, Wien: Mandelbaum Verlag, 7-33.

Disslbacher, Franziska (2020): Soziale Mobilität in Österreich: Illusion Chancengleichheit?, Blog Arbeit und Wirtschaft, <https://awblog.at/soziale-mobilitaet-in-oesterreich/>, 30.03.2021.

Dörre, Klaus (2020): In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Eder, Julia/Schneider, Etienne (2020): Umkämpfte Industriepolitik: Zwischen Geopolitik, grüner Wende, Digitalisierung und Corona (Editorial), In: Kurswechsel 4/2020, 3-12.

Fasse, Markus (2021): Abschied vom Diesel – MAN kündigt Serienproduktion von Elektro-Lastwagen an, Handelsblatt Online, <https://www.handelsblatt.com/technik/thespark/nutzfahrzeuge-abschied-vom-diesel-man-kuendigt-serienproduktion-von-elektro-lastwagen-an-/27562412.html>, 30.08.2021.

IFES (2020): Einstellung der Österreichischen Bevölkerung zu Vermögenssteuern, <https://fuer-gerechte-steuern.at/assets/documents/20019094-pressekonferenz.pdf>, 20.03.2021.

Grinzinger, Elias/Kadi Justin/Pühringer Florian/Schneider Antonia (2021): Mietmonitor: Ist privates Wohnen in Wien noch leistbar? Eine datenbasierte Aufarbeitung des Instituts für Raumplanung der TU Wien. Interaktiver Forschungsbericht, Wien: mietmonitor.wien, 9.4.2021.

Hofmann, Julia/Marterbauer, Markus/Schnitzer, Matthias (2020): Gerechtigkeitscheck: Wie fair findet Österreich die Verteilung von Einkommen und Vermögen?, In: Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 201, Wien: Arbeiterkammer, https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/wirtschaft/wirtschaftkompakt/vermoegen/sverteilung/W-St_PolicyBrief_Gerchtigkeits-Check_Oktober2020_PRINT.pdf, 15.09.2021.

Högelsberger, Heinz (2020): Die dubiose Filetierung von Steyr-Daimler-Puch, Working Paper, <https://con-labour.at/wp-content/uploads/2020/07/Filetierung-von-Steyr-Daimler-Puch.pdf>, 09.09.2021.

Institute for Policy Studies (2021): Issue Brief: Wealth of world's Billionaires surges US\$ 4 trillion during pandemic year. <https://inequality.org/wp-content/uploads/2021/03/Report-GlobalBillionaires-March31-2021.pdf>, 20.03.2021.

Kalleitner, Fabian/Schmitt, Laila (2021): Neue Steuern zur Finanzierung der Kosten der Krise? Steuerpräferenzen in Zeiten von Corona, Austrian Corona Panel Project, <https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog28/>, 20.03.2021.

Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard/Springholz, Florian (2017): Internationale Tendenzen und Potentiale der Vermögensbesteuerung, In: Dimmel, Nikolaus/Homann, Julia/Schenk, Martin/Schürz, Martin (Hg.): Handbuch Reichtum, Innsbruck: Studienverlag, 477-491.

Milanovic, Branko (2016): Die ungleiche Welt. Migration, das eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht, Berlin: Suhrkamp.

Misik, Robert (2019): Die falschen Freunde der einfachen Leute, Berlin: Suhrkamp.

ORF (2021): Am Schauplatz – Die letzte Schicht, ORF Sendung von 28.01.2021.

Piketty, Thomas (2020): Kapital und Ideologie, München: C.H.Beck

Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Przeworski, Adam (2021): From Revolution to Reformism, Boston Review, <https://bostonreview.net/politics/adam-przeworski-revolution-reformism>, 09.09.2021.

Puller, Armin (2019): Grenzen der postblairistischen Konstellation. Das Beispiel der österreichischen Sozialdemokratie, In: ProKla 196, 49 (3), 387-406.

Raphael, Lutz (2019): Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin: Suhrkamp.

Schubert, Livia (2020): Arbeiterschaft und Rechtspopulismus in Österreich - eine etwas andere deep story, In: Dörre, Klaus, In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte, Münster: Westfälisches Dampfboot, 224-242.

Slobodian, Quinn (2019): Die Globalisten. Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus, Berlin: Suhrkamp.

SORA (2002): Nationalratswahl 2002. Analyse des Wahlergebnisses und des Wahlkampfes. https://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2002_nrw_wahltagsbefragung_wahlanalyse.pdf, 15.09.2021.

SORA (2019): Wahlanalyse 2019. https://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2019_NRW_Wahlanalyse.pdf, 15.09.2021.

Streeck, Wolfgang (2021): Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus, Berlin: Suhrkamp.

Tamesberger, Dennis/Bacher, Johann (2020): Langzeitarbeitslosigkeit: Politik muss rasch handeln, Blog Arbeit und Wirtschaft, <https://awblog.at/langzeitarbeitslosigkeit-politik-muss-rasch-handeln/>, 23.04.2021.

Tamesberger, Dennis/Bacher, Johann (2021): Jugendarbeitslosigkeit und Jugendbeschäftigung in der Corona-Krise 2020, In: WISO 44 (1), 33-61.

Wieser, Christina (2020): Vorstandsvergütung in den ATX Unternehmen, Wien: Arbeiterkammer.

World Inequality Database: Webseite. www.wid.world, 28.4.2021.

Zandonella, Martina (2020): Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie. Wenn Armutsbetroffene nicht zur Wahl gehen und ihre Anliegen kein Gehör finden. In: Die Armutskonferenz et al. (Hrsg.): Stimmen gegen Armut, Norderstedt: Books on Demand-Verlag, 83-93.

Zandonella, Martina (2021): Wessen Demokratie? Ökonomische und politische Ungleichheit im Wechselspiel, In: Kurswechsel 2/2021, 8-16.